

Änderungsantrag Landeswahlprogramm – Gegen Neutralitätsgesetz und Kopftuch-Verbot

Zeile 3274 einfügen:

Frauen mit Migrationshintergrund und kopftuchtragende Muslimas sind, zusätzlich zur geschlechterbedingten Benachteiligung, rassistischen Diskriminierungen ausgesetzt. DIE LINKE fordert, das Neutralitätsgesetz für den öffentlichen Dienst abzuschaffen, denn es ist ein Eingriff in die Religionsfreiheit und behindert insbesondere die Berufswahl und die politische und soziale Teilhabe muslimischer Frauen.

Begründung:

Das im Jahr 2006 eingeführte Neutralitätsgesetz im öffentlichen Dienst führt in der Praxis insbesondere zum Ausschluss von kopftuchtragenden Frauen muslimischen Glaubens vom beruflichen Aufstieg im öffentlichen Dienst. Es trägt zur Diskriminierung und zum antimuslimischen Rassismus bei. Ein jüngstes Beispiel war der Streit um die Einstellung einer Referendarin muslimischen Glaubens, die sich beim Bezirksamt Neukölln beworben hatte und zunächst abgelehnt wurde. Das Neutralitätsgesetz stellt das Grundrecht auf Religionsfreiheit in Frage und wird nach dem Urteil des Bundesverfassungsgericht, das pauschale Kopftuchverbote ablehnt, auch in einem Wissenschaftlichen Gutachten des Abgeordnetenhaus als verfassungswidrig eingestuft.